

Das Informationsbüro d-NRW

Prioritäten aus Sicht der ESG

(BS) Im Folgenden sind Themen und Arbeitsschwerpunkte dargestellt, die aus Sicht der ESG im Informationsbüro vorrangig zu behandeln sind. Im Projekt "Informationsbüro d-NRW" sind die ESG und d-NRW Ruhrdigital Besitz GmbH&Co.KG Kooperationspartner. Die untenstehenden Arbeitsschwerpunkte stellen die Sichtweise der ESG dar und sind noch nicht verabschiedetes Programm des Informationsbüros.

1. Unterstützung bei der Entwicklung von Konzepten zur strategischen Steuerung von E-Government und Arbeitshilfen zu deren Umsetzung: Die Umsetzung dieses Arbeitspaketes wird inhaltlich in allen fünf Einzelmaßnahmen eine gewichtige Rolle spielen, die dann als konkrete Arbeitshilfen genutzt werden können. Daneben wird mit den Akteuren der bereits erstellten Konzepte (Städtetag, Difu, KGSt etc.) Kontakt aufgenommen und abgestimmt, inwieweit die vorhandenen Konzepte a) innerhalb von Verwaltungen berücksichtigt worden sind (Studie) und b) an die inzwischen eingetretenen Fortschritte/Entwicklungen im Rahmen von E-Government mit dem Ziel angepasst werden müssen, dass die strategische Steuerung in der Verwaltungsspitze etabliert wird (Forum, Workshop).

2. Definitionen, Analysen, Konzepte neuer Kooperationen auf den Verwaltungsebenen (Bund/Länder/Kommunen) und zwischen Verwaltung und Wirtschaft: Dieses Arbeitspaket wird inhaltlich in den beiden Einzelpaketen "wirtschaftsfreundliche Verwaltung" und "Finanzierungsmodelle" aufgegriffen und behandelt. Dabei wird in der ersten Phase der Schwerpunkt auf der Analyse und der Darstellung der derzeitigen Kooperationen und Modelle liegen.

3. Entwicklung von Qualifizierungsstrategien und Qualifizierungshilfen: Hierzu werden in der ersten Phase thematisch ausgerichtete Workshops veranstaltet. Eine erste Veranstaltungsreihe findet im Oktober 2005 unter der Überschrift "Zusammenarbeit von Land und Kommunalverwaltung" statt. Weitere Workshopreihen mit Schwerpunkten aus dem E-Governmentbereich sind für einen Teilnehmerkreis "Organisatoren" vorgesehen und werden bis zum Ende des Jahres 2005 inhaltlich näher ausgestaltet.

4. Wissensmanagement/Wissens-transfer, Unterstützung bei der Definition der Inhalte und Entwicklung von Systemen für die öffentliche

Verwaltung in Kooperation mit dem privaten Sektor.

5. Bedarfsanalysen zur Entwicklung von E-Government, insbesondere der Beschreibung bisher vernachlässigter Inhalte von E-Government und Erschließung von Potenzialen für die Umsetzung: Die Durchführung von Bedarfsanalysen gehört mit zum ausgewählten Themenschwerpunkt "Best Practice Lösungen NRW, Bund und EU" und wird dort mit aufgegriffen. Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt werden die Themen E-Partizipation und E-Democracy bilden. Hier sind zunächst die derzeit Handelnden KeyPlayer sowohl auf Seiten der Verwaltung wie auch auf Seiten der Industrie zu ermitteln, um mit diesen gemeinsam Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Potenziale zu erarbeiten und anschließend umzusetzen.

6. Förderung der europaweiten Interoperabilität in E-Government (grenzüberschreitende Kooperationen) bei den operativen Geschäftsprozessen, Förderung standardisierter Geschäftsprozesse in Europa: Durch das Informationsbüro wird die Entwicklung von X-Personenstand (vgl. www.im.nrw.de/inn/doks/egov/e-nrw04_osci_schwellach.ppt, d. Red.) unter Federführung der Stadt Dortmund und des Innenministeriums aktiv und positiv unterstützt. Aus den dabei gewonnenen Erfahrungen soll die Entwicklung eines weiteren XÖV Dienstes in NRW gefördert werden. Gleichzeitig wird durch die dann enge Verbindung zur OSCI-Leitstelle in Bremen der Transport dieser Entwicklungen auf die europäische Ebene unterstützt.

7. Vermittlung von vorhandenen praxiserprobten E-Governmentlösungen und Modellen (länderübergreifend): Über eine Auswertung der Datenbank der Europäischen Union werden Lösungen gesucht, die sich für eine Vermittlung eignen. Anschließend wird die Tauglichkeit dieser Lösung "vor Ort" untersucht und das Ergebnis über das Portal und bei Workshops transportiert.

8. Einbindung von E-Learning in E-Governmentstrategien: Im Rahmen von Media@Komm-Transfer bildet das Thema E-Learning einen Schwerpunkt bei dem Wissenstransfer der in den Transferkommunen entwickelten Modellvorhaben. Es wird Kontakt zumindest mit den Modellkommunen aus NRW aufgenommen, um ein gemeinsames Vorgehen bei der Entwicklung von eLearning-Inhalten zu erreichen. Hierzu werden auch, insbesondere im Hinblick auf die KMU's, vorhandene Kontakte zu überregionalen Zusammenschlüssen und Kooperationen wie Cel-C (Köln) hergestellt und somit die Transferkommunen und die Transferagentur, aber auch die kommunalen Spitzenverbände bei der anspruchsvollen Aufgabe der Verbreitung von E-Government durch das Informationsbüro unterstützt.

9. Koordination der E-Government-Akteure (Institute, Fachverbände, Politik und Wissenschaft) u. a. zur Verringerung redundanter Entwicklungen und Optimierung des Ressourcenverbrauchs in der Entwicklung: Hier wird eine intensive Zusammenarbeit mit dem neuen Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung angestrebt. Eine erste Kontaktaufnahme zur Klärung der Rahmenbedingungen einer Zusammenarbeit findet am 06.07.2005 statt. Dabei wird insbesondere der Aufbau einer Wissensdatenbank Gegenstand der Erörterungen sein.

10. Entwicklung eines qualitätskritischen und akzeptanzfördernden Fachforums für den Erfahrungsaustausch: Die Entwicklung eines Fachforums gehört mit zu den vom Informationsbüro gestellten Anforderungen an das im Aufbau befindliche Internetportal.

Informationsbüro d-NRW, Lise-Meitner-Allee 4, 44801 Bochum, Tel.: 0234 43870-328, www.d-nrw.de; European Society for eGovernment e.V., Südstraße 133, 53175 Bonn, Tel.: 0228/3893511, Fax: 0228/3893555, E-Mail: info@egov-europe.de, www.egov-europe.de